



Streit um Minijobs

DEHOGA: Faktor Arbeit nicht belasten, sondern entlasten

(Berlin, 13. Januar 2006) Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband) kritisiert die geplante Erhöhung der Abgabenlast bei den Minijobs um 20 Prozent scharf. „Wer die 400-Euro-Jobs in dieser Weise verteuert, riskiert den massenhaften Wegfall der Minijobs und provoziert die Flucht in die Schwarzarbeit“, so DEHOGA-Präsident Ernst Fischer. „Die Ankündigung der Bundesregierung widerspricht ihrem erklärten Ziel, den Faktor Arbeit zu entlasten, nimmt den Unternehmen wichtiges Personal und gefährdet damit reguläre Beschäftigungsverhältnisse. Durch Minijobs gehen keine Arbeitsplätze verloren, sondern werden bestehende Jobs gesichert.“

Minijobs im Gastgewerbe sind unverzichtbar, um Nachfragespitzen abzudecken. Bei Feiern, Veranstaltungen oder Biergarten-Wetter unterstützen die Nebenjobber die Vollzeitkräfte optimal, bieten besten Service und helfen, die Leistungsfähigkeit des Betriebes zu garantieren.

„Von der Klausurtagung in Genshagen hätten wir uns andere Signale für die Belebung des Arbeitsmarktes erwartet. Notwendig wäre es gewesen, den Paragraphenschwungel im Arbeitsrecht endlich anwenderfreundlich zu gestalten. Die jetzige Maßnahme zu den Minijobs ist allerdings weder kreativ noch zielführend bei der Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit“, sagt Fischer. „Mehr Wachstum und Beschäftigung werden so definitiv nicht generiert werden können.“ ■